

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 14

Artikel: Die Grünen und die Russen
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093148>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Christian Brügger weiter zur semantischen Frage

Die Grünen und die Russen

In der letzten Nummer haben wir von der feindbezüglichen Begriffswelt gesprochen, die uns der Sozialismus hinterlassen hat, mit nachklingender Wirkung bis heute. Indessen ist das Kaleidoskop in manchen Köpfen doch erschüttert worden, und die Trümmer bilden je nachdem auch neue Muster.

Dass dem politischen Begriffspaar «rechts und links» der ideologische Bezug zur sozialistischen Welt und Gedankenwelt weitgehend verlorengegangen ist, davon war schon die Rede. Altkommunisten werden heute reflexmässig als rechts eingestuft, und welche ändern Kommunisten gäbe es denn noch? Links nennen sich dafür vor allem in Russland die Systemumwandler in Richtung Pluralismus, wogegen die national betonten Nachfolger aus traditionellen Gründen den Rechten zugeschlagen werden. Überlappungen von ehemaligen Kommunisten und neuen Nationalisten sind jederzeit möglich und plausibel. Der Autoritätsanspruch der alten Apparatschiki kann so eine Fortsetzung finden. Das serbische Beispiel ist flagrant, aber die Tendenz ist auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken eine Dominante.

Die neue Heimatlosigkeit in der Begriffswelt

Einen neuen Konsens über die alten Richtungsbezeichnungen gibt es indessen nicht, weder im Osten noch gar im Westen. Hier war der Marxismus im Unterschied zu dort noch bis in die jüngste Vergangenheit lebendig, was eine landläufige Orientierungshilfe gab: je marxistischer, desto linker. Das ist sozusagen ersatzlos gestrichen worden, und ideologiebezüglich herrscht schiere Orientierungslosigkeit.

Sie wird zum Teil dadurch verdeckt, dass sich eine frühere Ergänzungsvorstellung selbständig gemacht hat: Die Beharrungskräfte nannte man schon vorher rechts und die Veränderungskräfte links. Nur galt es damals als ausgemacht, dass die Veränderungen in eine irgendwie marxistische Zukunft wiesen; die politisch-ideologische Beanspruchung des Wortes «progressiv» war dafür kenn-

zeichnend. Heute liegt dieser Begriff sozusagen verlassen umher, und niemand will ihn so recht auflesen, weil ihm die Lächerlichkeit derer anklebt, welche die Vergangenheit für Zukunft genommen hatten.

Demokratie ist die Macht des Volkes minus die Macht des Völkischen.

Es gab früher eine «heimatlose» Linke, die ihren universalen Heilsanspruch nicht mit vaterländischen Restanzen belasten wollte. Heute hat sie die Heimat ihrer Weltanschauung verloren, und was ihre alte Identität einstweilen dem Schein nach rettet, ist die fortgesetzte Bekämpfung der jeweils landeseigenen «Rechten» in den herkömmlichen Wendungen. Und wenn die Gegenspieler mit der gleichen Münze von früher zurückzahlen, entsteht in noch so vielen Einzelbelangen der falsche Eindruck, die ideologische Schlacht gehe weiter, obwohl die Geschichte schon entschieden hat.

Natürlich kann man in der politischen Debatte einander links und rechts um die Ohren hauen wie eh und je. Aber der weltanschauliche Inhalt der Begriffe ist beliebig geworden, falls er nicht überhaupt abhanden gekommen ist. Und deshalb muss man fallweise merken, was gerade gemeint ist, wenn die Politwörter «links» oder «rechts» auftauchen. Den sozusagen philosophischen Vorbehalt gab es schon früher, aber jetzt ist der praktische Vorbehalt mehr und mehr vonnöten, denn bei diesem so lange bewährten Einteilungsschema kann man sich nicht einmal mehr auf genormte Denkschablonen verlassen.

Revolution in Aspekten und Prospekten

Eine ähnliche Sinnverkehrung und Sinnentleerung haben die Begriffe «Revolution» und «revolutionär» erfahren.

Die Assoziationen lagen, mit welchem Vertiefungsgrad auch immer, nie weit von der vermeintlichen Linie

«Französische Revolution bis Oktoberrevolution» (die in Wirklichkeit ein Putsch war). Das Kontra etwa mit der ungarischen Revolution von 1956 war so schwach, dass auch die Befürworter dieser Ausdruckweise den Zweitbegriff «Volksaufstand» mitliefern mussten, um eindeutig zu machen, was für ein Ereignis sie meinten. Anders wären sie auf ihrer Dialektik sitzengeblieben, das normale Schicksal von Begriffsanfechtern vor der Zeit.

Erst die letzten Jahre haben die zuvor lineare Sache verbogen. Die «Revolution» in der Sowjetunion lief plötzlich andersherum, und Ausdrücke wie die «sanfte Revolution» (Prag 1989) quittierten schon fast lässig das neue «fait accompli».

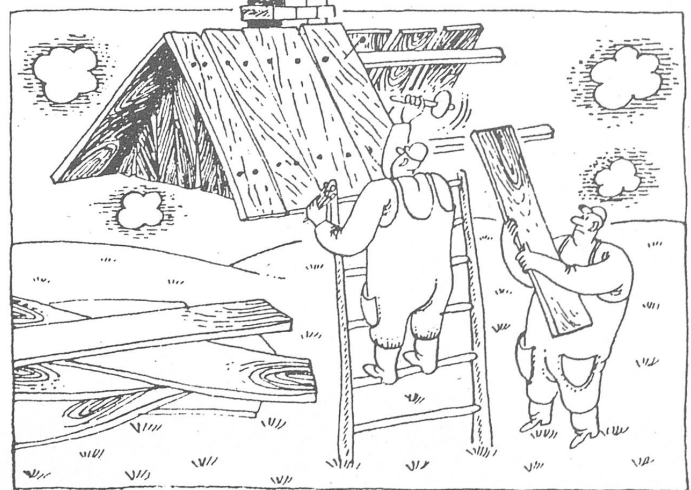
Vor der Umkehrung war in unserem Teil der Zivilisation freilich schon die Auslaugung gekommen. Wer immer etwas gelten wollte, legte sich oder seinen Produkten anpassersich den Begriff «revolutionär» zu, und bald konnte auch ein Che Guevara nicht mehr so revolutionär sein wie ein neues Automobildesign. Inzwischen ist die Revolution nur noch für Nachzügler werbetauglich, und die Politsprache verwendet sie — wenn schon — wieder rein technisch als

Gegensatz zur Evolution. Wo immer sie aber als politischer Aufkleber vorkommt, ist zu fragen, welche Art von Revolution gemeint sei, denn einen inhaltlichen Konsens gibt es nicht einmal mehr als verspätete Landläufigkeit.

Grün und nachhaltig

Vom Zerfall der marxistischen Terminologie berührt werden auch Begriffe, die mit ihr nichts zu tun haben, aber damals zeitgerecht mit sozialistischen Inhalten nachgefüllt worden waren.

Exemplarisch gilt das im deutschen Sprachbereich von den «Grünen», die im politischen Normalfall ihren Namen wirklich nur in Anführungszeichen verdienten. Die Umweltzerstörung war ihnen Thema nur unter der Bedingung, dass sie der westlichen Profitgesellschaft angelastet werden konnte, und die Quadratverursacher im Sozialismus wurden einfach nicht zur Kenntnis genommen. Bezeichnend war im damaligen Westdeutschland die Unterscheidung zwischen «Fundis» und «Realos». Erstere waren so grün, dass sie frontal gegen das westliche Wirtschaftssystem, die westlichen Atom-



Baumelster von Luftschlossern («Nedelja», 14/92).

kraftwerke, die westlichen Armeen und die westlichen Bündnisse ins Feld zogen, während letztere weniger radikal den Gang durch die Institutionen antreten wollten, um diese Übel graduell zu beheben. Dass man aber auf die Abschaffung des Sozialismus hätte drängen müssen, wenn man wirklich fundamental grün sein wollte, das kam sozusagen niemandem in den Sinn, und dabei blieb es noch bis zum Jahre II nach Tschernobyl.

Die Verseuchung der Umweltthematik durch antikapitalistische Feindbilder hat mit nachhaltigem Schaden die ganze Auseinandersetzung um ökologische Fragen in eine völlig falsche Alternative gezerzt, unter allseitigem Zutun.

Gewiss gab es das kritische Wort von den «Wassermelonen»: aussen grün und innen rot. Aber leider wurde es auf höchst unkritische Weise dazu benützt, die grosse Verwechslung der Dinge unter umgekehrten Vorzeichen mitzumachen. Wer etwas gegen die Auspuffvermehrung tun wollte, hatte gefälligst seine Zugehörigkeit zu den roten Revoluzzern, Wirtschaftsfreunden und Systemabschaffern zu bekennen.

Die Logik konnte falscher nicht sein, aber sie wirkt nach bis heute. Die gelogene Semantik einer verblichenen Zeit hat in diesem Sprachraum zur praktisch immer noch anhaltenden Schwierigkeit geführt, sich grün zu nennen, wenn man es grün meint. Da empfiehlt sich das Fremdwort «ökologisch», und man mag sich damit trösten, dass politische Farbzeichnungen schon immer zum Streubewurf reizten und dem politischen Denken mehr schaden als nützten.

Dieser engagierte Christ ist kein Fundamentalist, weil er ja kein Moslem ist.

Bezeichnenderweise gibt es die semantische Schwierigkeit mit den Pseudogrünen in Frankreich kaum. Dort hatte die Intelligenzia unter anderem mit der «nouvelle philosophie» dem marxistischen Denkersatz schon

früher den Abschied gegeben als hier, und zudem kam die ökologische Bewegung erst im nachsozialistischen Zeitalter richtig auf und formulierte ihre Anliegen in ausdrücklicher Distanznahme zu den westdeutschen Grünen; tant mieux.

Indessen wuchs auch hier die Einsicht, dass die Rettung der Umwelt eine zu wichtige Sache sei, als dass man sie den parteiischen Grünen überlassen dürfe. Das ergab auch neue Gedanken, zum Beispiel das Konzept, (Privat-)Wirtschaft und Ökologie vereinbar zu machen.

Im traditionellen Frontverlauf ging das den einen ideologisch wider den Strich und den andern kommerziell wider den Einstrich, aber das Anliegen hat mittlerweile eine gemässigte Breitenwirkung und braucht eine eigene Bezeichnung. Man ist darauf gekommen, es «nachhaltige Entwicklung» zu nennen, und das ermuntert wahrscheinlich zu nachhaltigen Missverständnissen für die nächsten paar Jahrzehnte.

Hätte man es besser beim englischen Ausdruck «sustainable development» bewenden lassen? Vor einigen Monaten sagte mir ein besonders sprachbewusster Engländer, der Ausdruck habe kein normalsprachliches Eigengewicht, aber er sei schon im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe verwendet worden und bedeute vermutlich Hilfe zur Selbsthilfe. Na ja; eine nachhaltige Entwicklung ist diesem Begriff schon der Sache wegen zu wünschen, egal in welcher Sprache.

Plötzlich so viel Geographie

Die sozialistische Begriffswelt hat Trümmerhaufen von unterschiedlichem Zweitgebrauchswert hinterlassen, aber das schiere semantische Chaos dominiert, und besser als ein zusammenhängendes System ideologischer Lügen ist dieser Zustand allemal. In ganz konkreten Belangen indessen hat uns der Sturz der Ereignisse endlich gelehrt, vorhandene Begriffe richtig zu gebrauchen. Wir haben aufgehört, «Russen» zu sagen, wenn wir Georgier oder Kasachen meinen, und bezüglich der Mazedo-



«Ihr habt verloren, Herr Marx.»

nier in Mazedonien ginge es uns ähnlich, wenn wir nicht eurokompatibel umzulernen hätten, in der frommen Annahme, dass die falschen, weil nicht hellenischen Mazedonier das auch tun werden. Schliesslich wurde der Balkan nach dem Ersten Weltkrieg von Paris aus definiert; warum sollte sich die Übung heute nicht von Brüssel aus wiederholen lassen? Aber das nur nebenbei zu einem unnötigen Element in einer insgesamt nötigen Kenntnisnahme, die tatsächlich in einem gewaltigen Ausmass stattfindet.

In Sachen Geographie und Völkerkunde haben die Westeuropäer innerhalb von zwei, drei Jahren das gelernt, was sie im Verlauf von sieben Jahrzehnten vergessen hatten. Die ungeahnte Vielfalt prägt sich dem öffentlichen Bewusstsein meist aus mörderischen Anlässen ein, aber dass sie zu wahr genommen wird, ist überfällig.

Vor fünfzehn Jahren lernten bei uns die Kinder im Katechismusunterricht, was in Tansania das Ujamaa-System der kollektiven Landwirtschaft sei; wie anders hätte man denn auch Christus zeitgerecht erklären können? Das sozialistische Import-

konzept war dort mit militärischer Hilfe eingeführt worden, aber hier wurde es als mitmenschliche Entwicklungseffizienz erläutert, und die nicht mehr so genannte Gottgefälligkeit war vorausgesetzt. Wer jung, christlich und progressiv war, musste Ujamaa kennen. Natürlich waren östliche Kenntnisse nicht verboten. Es konnte schon mal einen Mittelschüler geben, der Samarkand nicht fälschlicherweise in Marokko ansiedelte, sondern richtigerweise in «Russland».

Aber was soll's? Noch in den achtziger Jahren konnte man bei einem TV-Gespräch den Ausführungen eines Teilnehmers entnehmen, dass er Aserbaidshan zu jenen Sowjetrepubliken zählte, die an Afghanistan grenzten, und keiner aus der Runde muckte auf.

Derlei habe, lässt sich sagen, nichts mit Semantik zu tun, sondern nur mit Ignoranz, und diese wiederum sei einfach die Folge der damaligen geschlossenen Gesellschaft in der fraglichen Region gewesen. Das stimmt nur grosso modo, und speziell zur Erklärung der landläufigen Verwechslung von Russisch und Sowjetisch reicht diese Überlegung nicht

hin. Die ideologiegerechte Sprachregelung ging ja andersherum, und die Propagandamaschinerie der Machthaber hat sich Mühe genug gegeben, von Sowjetmenschen, Sowjetvölkern und so weiter zu reden; ihr ist es nicht anzulasten, dass hier alles in der Verkürzung «die Russen» herungereicht wurde.

Das betrifft keineswegs den deutschen Sprachgebrauch allein; andernorts war die Verwechslung noch allgemeiner und überschwemmte sogar die Fachsprache. Ein sehr gutes amerikanisches Buch über die Bevölkerung der gesamten UdSSR erschien seinerzeit unter dem Titel «The Russians», und diese Generalbezeichnung galt denn auch im Text bis auf jene Stellen, bei denen es sich als nötig erwies, eine Präzisierung bezüglich der Russen «im ethnischen Sinn» vorzunehmen.

Es ist nicht weiter schlimm, wenn man eine Teilbezeichnung als pars pro toto nimmt, aber es gibt verführerische Konsequenzen, wenn man die Grenzen des namengebenden Teils vergisst. Oder wenn man sie unzulänglich zieht, zum Beispiel auf die historische Dimension allein bezogen.

Viele Jahrtausende haben die besten Wissenschaftler gebraucht, um die Erde als Kugel zu begreifen, und jetzt weiss das der Hansli, noch bevor er in die Schule kommt. Aber natürlich; was denn sonst? 200 Jahre haben wir Westeuropäer gebraucht, um die Demokratie zu lernen. Und jetzt wollen diese Russen das in zwei Jahren nachholen? Aber natürlich ist das total unmöglich; dass man so etwas noch sagen muss . . .

In erstzunehmenden und durchaus sozialismuskritischen Werken wurde beispielsweise etwa der Gegensatz zwischen der «sowjetischen Selbstdarstellung» und der «russischen Wirklichkeit» ausgeleuchtet. Die Meinung war klar; sie hatte einen überzeugenden Teil an Richtigkeit und Richtigstellung für sich. Aber

echt vergessen wurde dabei, dass der sowjetischen Selbstdarstellung nicht nur die russische Wirklichkeit gegenüberstand, sondern ein gesamthaft ebenso grosser Teil an *nicht-russischer* Wirklichkeit.

Oder: Es gab zu sozialistisch-kommunistischen Zeiten das Sowjetvolk, eine fiktive Grösse mit ebenso heldischen wie gelogenen Eigenschaften. Da war es plausibel, diesem Unding das real bestehende russische Volk mit seinen Eigenschaften gegenüberzustellen (soweit diese überhaupt eruierbar und darstellbar sind), mit entsprechenden Schlüssen auf Zustände und Perspektiven. Nur führte das zur semantischen Versuchung, die Litauer, Armenier oder Tadschiken in die gesamthafte Charakteristik einzubeziehen, und da passten sie nicht hinein. (Ich selber bin mir zu gut, um überhaupt an einen Volkscharakter zu glauben. Ich halte den Begriff für eine Erfindung der Teutonen, aber die sind nun einmal so.)

Die «russische Verwirrung» ist übrigens so gut wie unausweichlich gewesen. Erst Sowjetrussland und dann die Sowjetunion haben sich zur Hauptsache ja auf dem Territorium des ehemaligen Russland breitgemacht, und dieses umfasste neben russischen Einwohnern auch die «russländischen» Einwohner, das heisst die dem Zarenreich angehörenden Nichtrussen. Natürlich hätte man auch später diesen Umstand semantisch berücksichtigen können, mit Bezugnahme bald auf die Russen und bald auf die Rusländer. Dann wäre das nicht mehr missverständlich gewesen. Sondern bloss unverständlich.

Jugoslawischer Bürgerkrieg?

Völlig anders hat es sich mit unserer Wahrnehmung von Jugoslawien verhalten. Hier haben wir wahrhaftig nicht den Fehler gemacht, von den Serben zu reden, wenn wir die Slowenen oder Montenegriner meinten. Nein, wir sprachen von den Jugoslawen, und das war die richtige Bezeichnung für die Staatsbürger jener diktatorisch regierten Föderation. Falsch waren dann bloss die daran

angehängten Assoziationen von Einheitlichkeit hinter der staatlichen Einheit. Die steckbriefliche Auskunft «er spricht jugoslawisch und gebrochen deutsch» war ebenso typisch wie grotesk. Die einschränkende Bezeichnung «serbokroatisch» für den sprachlichen Hauptteil dort nahm auf eine tatsächlich bestehende enge Verwandtschaft Bezug und war um so viel besser. Aber auch um so viel perfider, weil wir damit eine gezielte Suggestion arglos übernahmen.

Jetzt belangt man die früheren Christen im Sozialismus dort, und die früheren Christen für den Sozialismus hier sehen zu.

Zum kompakten Jugoslawienbild gibt es geschichtliche Gründe. Die Jugoslawen widersetzen sich 1948 dem sowjetischen Lageranspruch wie ein Mann, weil ein Mann auch die Diktatur ausübte. Die Jugoslawen entwickelten, seinerzeit «bekanntlich», ein ureigenes System wirtschaftlicher Selbstverwaltung, weit mehr Mythos als Substanz, aber Mythen schaffen Typen, und schon hatte man etwas typisch Jugoslawisches. Aussenpolitisch waren die

Jugoslawen en bloc blockfrei und wurden in dieser schillernden Bewegung als relativ solides Element gehandelt.

Die Entstehungsgeschichte des jugoslawischen Kunstgebildes ist ein eigenes Kapitel, und die heutigen Politiker der damaligen Siegermächte tun sich schwer damit. Irgendwo muss der Nationalstolz spielen, und vorzugsweise tut er es am falschen Objekt.

Indessen ist die jugoslawische Gegenwart zu blutig für chronistische Abrechnungen, und der semantische Missbrauch, dem man den Riegel schieben muss, ist einfach genug. Man darf nicht «Bürgerkrieg» nennen, was eine einseitige Abschichtung ist. Diese ist zu stoppen, und das muss nach der begrifflichen Klärung mit andern Mitteln erfolgen. ■

Bestellschein für zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **zeitbild** zu Fr. 59.– (Ausland sFr. 65.–/DM 74.–). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6